

Antrag 2020/A/1
SPD OV Gemeindeverband Wallmerod

Empfehlung der Antragskommission
Annahme

Tarifverträge und Mitbestimmung stärken: Öffentliche Gelder nur für tarifgebundene Unternehmen!

1 In den letzten Jahren sind die beiden
2 Hauptsäulen des „deutschen Modells“ der
3 industriellen Beziehungen gleichermaßen
4 unter Druck geraten: weitgehende Tarifbin-
5 dung der Arbeitsverhältnisse und die be-
6 triebliche Mitbestimmung.
7 Inzwischen sind in Rheinland-Pfalz nur
8 noch 35% (2000: 52%) der Betriebe tarif-
9 gebunden und nur noch 61% (72%) der Be-
10 schäftigten arbeiten in tariflich abgesicher-
11 ten Arbeitsverhältnissen. Gleichzeitig wer-
12 den nur noch 44% der Beschäftigten durch
13 einen Betriebsrat vertreten. Nur noch 7%
14 der Betrieb habe damit eine innerbetriebli-
15 che Interessenvertretung.
16 Die Ursachen für diesen Rückgang sind viel-
17 fältig. Insbesondere ist allerdings der wirt-
18 schaftliche Strukturwandel mit seiner Ver-
19 lagerung der Beschäftigung aus industri-
20 ellen Großbetrieben und die dadurch ent-
21 standenen kleinteiligeren Strukturen im
22 Dienstleistungssektor hierfür verantwort-
23 lich. Dieser macht es für Gewerkschaften
24 heute schwieriger effektiv Mitglieder zu or-
25 ganisieren und die notwendige Organisati-
26 onsmacht aufzubauen.
27 Zusätzlich trägt die Tariffucht von Arbeit-
28 geber*innen zur Erosion der Tarifbindung
29 bei. So spricht Gesamtmetall innerhalb der
30 Metall- und Elektro-Industrie von „schlei-
31 chenden Organisationsverlusten“ seit den
32 1970er Jahren. Durch die Einführung von
33 OT-Mitgliedschaften (d.h. ohne Tarifbin-
34 dung) haben viele Arbeitgeber*innenver-
35 bände dieser Entwicklung zusätzlich Vor-

und Überweisung an den Bundesparteitag

36 schub geleistet.

37 Für die Beschäftigten hat dies aufgrund der
38 strukturell ungleichen Machtverteilung
39 am Arbeitsmarkt weitreichende Folgen.
40 Tarifverträge waren in der deutschen
41 Wirtschaftsgeschichte oftmals die Quelle
42 von Innovationen und Verbesserungen
43 der Beschäftigungsbedingungen: Über sie
44 wurden sukzessive kürzere Wochenarbeits-
45 zeiten durchgesetzt, Entgeltsteigerungen
46 festgeschrieben oder neuerdings Wahl-
47 möglichkeiten zwischen mehr Geld oder
48 mehr Freizeit eingeführt. Gleichzeitig ist
49 klar, dass Tarifverträge nur dort ihre volle
50 Wirkung entfalten können, wo sie von den
51 Arbeitgebern auch verbindlich angewen-
52 det werden. Die abnehmende Tarifbindung
53 schwächt daher die Prägekraft tariflicher
54 Normen, gefährdet erreichte Standards
55 der Arbeits- und Entlohnungsbedingun-
56 gen und reduziert gewerkschaftliche
57 Handlungsspielräume im Interesse der
58 Beschäftigten.

59 Um dem entgegenzusteuern, werden wir
60 als SPD in Rheinland-Pfalz in der Regie-
61 rungsverantwortung für eine Reform des
62 Vergabegesetzes und eine Reform der Wirt-
63 schaftsförderung einsetzen. **Unsere Poli-
64 tik folgt dem Grundsatz, dass öffentliches
65 Geld nur für Unternehmen ausgegeben
66 werden darf, die grundlegende Tarifstan-
67 dards einhalten.** Um glaubwürdig zu sein,
68 muss die öffentliche Hand dabei mit gutem
69 Beispiel vorangehen und für ihre eigenen
70 Beteiligungen die Tarifbindung sicherstel-
71 len.

72 Wir haben dazu in Rheinland-Pfalz als ei-
73 nes der ersten Länder nach dem EuGH Ur-
74 teil ein modernisiertes Vergaberecht auf
75 den Weg gebracht. Denn der Staat darf

76 nicht selbst dazu beitragen, dass Tarifflicht
77 gestärkt wird. Tariftreueregelungen sorgen
78 aus unserer Sicht dafür, dass der Wettbe-
79 werb gerechter wird und nicht auf dem Rü-
80 cken der Beschäftigten ausgetragen wird.
81 In einem nächsten Schritt müssen wir die
82 Kontrolle stärken und einen vergabespezifi-
83 schen Mindestlohn einführen, der perspek-
84 tivisch ein armutsfestes Niveau erreicht. Es
85 darf nicht reichen, bei der Ausschreibung
86 zu sagen, dass ein Tarifvertrag angewendet
87 wird, es muß dazu regelmäßige Kontrollen
88 geben. Eine entsprechende Infrastruktur ist
89 aufzubauen.

90 Ein weiterer Ansatzpunkt für die Stärkung
91 der Tarifbindung bieten die Programme der
92 staatlichen Wirtschafts- und Regionalfor-
93 derung. **Daher werden wir den rechtlichen**
94 **Rahmen so ausgestalten, dass staatliche**
95 **Zuwendungen nur noch an tarifgebunde-**
96 **ne Unternehmen vergeben werden.** Ein An-
97 satz dafür zeigt das Land Mecklenburg-
98 Vorpommern auf, das in seinen jung-
99 ten Wirtschaftsförderungsrichtlinien tarif-
100 gebunden Unternehmen einen höheren
101 Fordersatz einräumt und das außerdem
102 größere Unternehmen, mit mehr als 250
103 Beschäftigten, komplett von jeglicher For-
104 derung ausschließt, wenn deren Löhne und
105 Gehälter unterhalb des Tarifniveaus liegen.
106 **Beide Punkte werden wir im Landesrecht**
107 **regeln und über Initiativen in den Bundes-**
108 **rat einbringen, damit es in diesen Punkten**
109 **bundeseinheitliche Regelungen gibt.**

110 Darüberhinaus werden wir eine Bundes-
111 ratsinitiative starten, die das **Gesetz zur All-**
112 **gemeinverbindlichkeitserklärung von Ta-**
113 **rifverträgen reformiert.** Das trägt einerseits
114 dazu bei, dass der Abstand bei tariflichen
115 Mindeststandards innerhalb einer Branche

116 nicht zu groß wird und senkt damit auch
117 den Nutzen, den eine etwaige Tarifflicht
118 hätte. So wird im Idealfall verhindert, dass
119 nicht-tarifgebundene Unternehmen allein
120 durch niedrigere Löhne und schlechtere Ar-
121 beitsbedingungen Wettbewerbsvorteile er-
122 langen und über „Schmutzkonzurrenz“ die
123 Tarifordnung einer Branche in Frage stellen.
124 Unsere Reform des AVE-Gesetzes im Jahr
125 2014 hat entgegen unserer ausdrücklichen
126 Zielsetzung nicht dazu geführt, dass es
127 mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge
128 in Deutschland gibt. Deshalb werden wir
129 die

130 • Die Praxistauglichkeit des Gesetzes
131 ausbauen und AVE-Verfahren dahin-
132 gehend reformieren, dass vollständig
133 von einem quantitativen Repra-
134 sentativitätskriterium abgesehen
135 und stattdessen eine Präzisierung
136 inhaltlicher Argumente für ein „of-
137 fentliches Interesse“ vorgenommen
138 wird.

139 • Blockadehaltung der Arbeitgeber*in-
140 nen aufbrechen. Diese akzeptieren
141 die AVE lediglich als Ausnahmein-
142 strument und blockieren so im Ta-
143 rifausschuss weitestgehend aus dog-
144 matischen Gründen weitere AVEn.
145 Diese Vetomacht im Tarifausschuss -
146 die sowohl AG als auch Gewerkschaf-
147 ten haben, werden wir durch ein Sys-
148 tem ablösen, das die Ablehnung ei-
149 nes Antrags der betroffenen Tarifpar-
150 teien auf eine AVE nur noch durch ei-
151 nen Mehrheitsbeschluss ermöglicht.

152 Wir als SPD bekennen uns ausdrücklich zu
153 Flächentarifverträgen als Hebel, um besse-
154 re Arbeitsbedingungen und bessere Löhne
155 durchzusetzen.

156 Ohne Flächentarifverträge würden wir den
157 Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Ar-
158 beit“ noch weiter aufgeben. Ziel unserer
159 Politik ist es aber diesem Grundsatz wie-
160 der mehr Bedeutung zu verschaffen - auch
161 wenn der Druck auf dieses Prinzip auch auf
162 eine Ausweitung der Leiharbeit unter Rot-
163 Grün zurückzuführen ist.

164 Mit der Abnahme der Tarifbindung geht
165 i.d.R. Folgendes einher:

- 166 • Geringes Entgelt (strukturbereinigt
167 ist das Entgelt in Bundesvergleich
168 bei tarifgebundenen Unternehmen
169 rund 15% höher, als bei nicht-
170 tarifgebundenen. Das gilt auch für
171 Unternehmen, die sich an einem TV
172 orientieren, ohne ihn anzuwenden.
173 In Rheinland-Pfalz betrug nach Be-
174 rechnungen des WSI der Unterschied
175 des mittleren Bruttomonatsentgelts
176 743 Euro.
- 177 • Die Arbeitszeit liegt in tarifgebun-
178 denen Unternehmen deutlich unter-
179 halb der von nicht-tarifgebundenen
180 Unternehmen. In Rheinland-Pfalz be-
181 trug die wöchentliche Mehrarbeit im
182 Jahr 2017 60 Minuten bei beschäftig-
183 ten ohne Tarifbindung - bereinigt um
184 Struktureffekte noch 52 Minuten.
- 185 • Rückgang von betrieblichen Interes-
186 senvertretungen und deren Bedeu-
187 tung. Denn Tarifbindung funktioniert
188 dort besonders gut, wo Betriebsräte
189 sich um die Umsetzung der Tarifver-
190 träge kümmern.

191 Wenn Flächentarifverträge an Bedeutung
192 verlieren wird auch die Tarifbindung sin-
193 ken. Der FTV ist der Garant dafür, dass Tarif-
194 konflikte nicht im Häuserkampf ausgetra-
195 gen werden, sondern i.d.R. und mit Blick auf

196 die gesamte Branche mit relativen geringen
197 gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden
198 ist. Dadurch ist er einer der tragenden Sä-
199 len des deutschen Modells.

200 Außerdem werden Reformimpulse im Be-
201 reich der Entwicklung der Arbeitsbeziehun-
202 gen zurückgehen, weil mit einer Stärkung
203 der betrieblichen Perspektive auch der Ein-
204 fluss auf die Politik zurück gehen wird. So
205 werden Unternehmen noch weniger Be-
206 reitschaft zeigen, innovative Ansätze zu
207 testen, wenn nicht gleichzeitig auch die na-
208 tionalen Mitbewerber*innen diese Ansätze
209 ebenfalls umsetzen müssen. Tarifverträge
210 würde so immer stärker auf das Entgelt be-
211 grenzt und weniger die Herstellung guter
212 Arbeitsbedingungen.

213 Deshalb müssen die Tarifparteien gestärkt
214 werden. **Nur starke Tarifpartner haben**
215 **auch die Kraft, bindende Beschlüsse durch-**
216 **zusetzen und die Tarifbindung zu stärken.**
217 Gewerkschaften haben mit dem Prinzip
218 des Organisierens am Konflikt dazu in den
219 letzten Jahren entsprechende Erfahrungen
220 gesammelt. Bei AG-Verbänden wird dies
221 wahrscheinlich nur dann gelingen, wenn
222 die OT-Mitgliedschaft in Frage gestellt
223 wird.

224 Aus diesem Verständnis heraus werden wir
225 unterstützende Regelungen schaffen, die
226 das Tarifsysteem stabilisieren.